

# Libyen-Konferenz: Wenig gute Neuigkeiten für Geflüchtete

Lucas Rasche, Policy Fellow

28. Januar 2020

Als einen „neuen politischen Anlauf“ hat Bundeskanzlerin Angela Merkel die Ergebnisse der Berliner Libyen Konferenz vom 19. Januar beschrieben. Die Tatsache, dass sich alle an dem Konflikt beteiligten Parteien auf einen gemeinsamen Fahrplan geeinigt haben, darf dabei zweifelsohne als diplomatischer Erfolg gewertet werden. Bei der Umsetzung der Beschlüsse hat sich die Diskussion hierzulande jedoch schnell auf das Für und Wider der deutschen Beteiligung an einem möglichen Militäreinsatz konzentriert.

[#BerlinConference](#)  
[#Libya](#)  
[#Migrants](#)

Zu klären, wie die ausgehandelte Waffenpause und das Waffenembargo umgesetzt werden können, wird sicherlich eine der Hauptaufgaben im Nachgang der Konferenz sein. Dabei sollte allerdings nicht vergessen werden, warum sich die Bundesregierung so aktiv für den Friedensprozess in Libyen einsetzt. Zentraler Bestandteil des deutschen Interesses ist es, durch eine Stabilisierung vor Ort die Situation der Migranten im Land zu verbessern. So soll verhindert werden, dass zukünftig wieder mehr Menschen über das Mittelmeer nach Europa kommen.

## Gefängnisse sollen geschlossen werden

Doch für einen Großteil der geschätzt 700.000 Migranten in Libyen ändern die Schlussfolgerungen von Berlin zunächst kaum etwas. Zwar hat man sich unter den Konferenzteilnehmern darauf verständigt, für die Schließung der Gefängnisse einzutreten. Doch wirklich neu sind diese Forderungen nicht. Vor allem von deutscher Seite gab es nach einem Verweis des Auswärtigen Amts auf die „KZ-ähnlichen“ Zustände immer wieder Aufrufe die Lager zu schließen.

Das Flüchtlingskommissariat der Vereinten Nationen (UNHCR) registrierte im vergangenen Jahr 3.562 Menschen, die in den Lagern ohne sanitäre Versorgung der oftmals vorherrschenden Gewalt, Folter und Vergewaltigung ausgesetzt waren. Schätzungen der Organisation Ärzte ohne Grenzen sprechen von bis zu 6.000 Inhaftierten. Der Zugang für humanitäre Hilfsorganisationen bleibt trotz den Ergebnissen der Libyen Konferenz schwierig. Dementsprechend ist es unmöglich, einen genauen Überblick über die Anzahl der teils inoffiziellen Lager und den dort inhaftierten Menschen zu bekommen.

Genau wie bei der vereinbarten Waffenruhe und dem Waffenembargo bedarf es für eine Schließung der Gefängnisse deshalb der Unterstützung lokaler Kräfte. Für viele der in Libyen aktiven Milizen ist das Geschäft mit den Migranten jedoch eine lukrative Einnahmequelle. Berichten zufolge müssen sich Migranten oftmals entweder selbst freikaufen. Alternativ werden Familienangehörige dazu gezwungen, ein Lösegeld zu zahlen. Nach UN-Angaben wurden darüber hinaus vor allem sudanesischen Migranten, auf Grund ihrer arabischen Sprachkenntnisse, von beiden Kriegsparteien zwangsrekrutiert und zum Einsatz an die Front geschickt.

### **Nach der Inhaftierung folgt Ungewissheit**

Sollte es gelingen die Lager zu schließen wäre das ein Fortschritt. Doch die Schlussfolgerungen der Libyen Konferenz sagen kaum etwas darüber, was mit den Migranten nach ihrer Freilassung passieren soll. Somit bleibt das Risiko bestehen, dass Migranten weiterhin systematisch ausgebeutet werden. Es wird sich also kaum verhindern lassen, dass viele von ihnen die gefährliche Überfahrt nach Europa auf sich nehmen. Knapp 800 Menschen mussten dabei im vergangenen Jahr ihr Leben lassen. In den ersten beiden Januar Wochen wurden dieses Jahr bereits etwa 1.000 Menschen von der libyschen Küstenwache abgefangen und in das Bürgerkriegsland zurückgebracht.

Um das zu verhindern und diesen Menschen eine geordnete Ausreise zu ermöglichen – sei es nach Europa oder in ihr jeweiliges Herkunftsland – hat der UNHCR 2018 eine Transiteinrichtung („Gathering and Departure Facility“) eingerichtet. Doch die Zustände sind auch dort katastrophal. Selbst der Libyen-Sprecher des UNHCR, Charlie Yaxley, räumte jüngst ein, dass weder ausreichende Sicherheits- noch Hygienestandards garantiert werden können. Ein Grund dafür sind die schleppenden Evakuierungs- und Resettlement-Verfahren. Von den 46.395 Menschen, die im vergangenen Jahr von der UN als schutzbedürftig eingestuft wurden, sind nur etwa 5% (2.427) außer Landes gebracht worden. Knapp die Hälfte davon wurden nach Niger oder Ruanda gebracht. Aus der EU haben sich lediglich Italien und Rumänien mit größeren Kontingenten an der humanitären Evakuierung beteiligt.

### **Gebraucht wird ein Follow-Up Plan**

Für die EU und ihre Mitgliedsstaaten sollten im Prozess zur Umsetzung der in Berlin erzielten Beschlüsse deshalb zwei Aspekte im Mittelpunkt stehen. Zunächst sollte die EU-Militäroperation im Mittelmeer, Operation Sophia, wieder aufgenommen werden. Erste Vorstöße in diese Richtung hat es bereits von Außenminister Heiko Maas und dem EU-Außenbeauftragten Josep Borrell gegeben. Neben der Überwachung des Waffenembargos sollte eine Neuauflage der Mission allerdings auch ein explizites Mandat zur Seenotrettung erhalten. Anders als oftmals behauptet, wurden zwar im Rahmen völkerrechtlicher Verpflichtungen Menschen aus Seenot gerettet. Doch war das bisher keine dezidierte Aufgabe der Operation. Angesichts der Forderung, die Gefängnisse zu schließen, wäre es kaum zu verantworten, die Pflicht zur Seenotrettung

weiterhin ausschließlich der libyschen Küstenwache zufallen zu lassen. Denn diese schickt die geretteten Migranten oftmals direkt zurück eben in die Lager, die man sich in Berlin schließen will.

Des Weiteren sollten sich die EU-Mitgliedsstaaten dazu verpflichten, größere Kontingente für eine geordnete Evakuierung der inhaftierten Migranten bereitzustellen. Die Mehrheit der beim UNHCR in Libyen registrierten Flüchtlinge oder Asylsuchenden kommt aus Syrien, Eritrea oder dem Sudan. Laut EU-Angaben haben Menschen aller drei Nationalitäten eine überdurchschnittliche Wahrscheinlichkeit in einem der Mitgliedsstaaten Asyl zu erhalten. Das Argument, ein großzügigeres Evakuierungsprogramm würde lediglich den Aufwand und die Kosten einer späteren Rückführung erhöhen, ist also hinfällig.

Ein wirklich neuer politischer Anlauf sollte die Situation der Migranten auch nach ihrer Inhaftierung berücksichtigen. Dafür braucht es Maßnahmen, die über die Beschlüsse der Libyen Konferenz hinausgehen. Brüssel und Berlin sollten dabei entscheidende Rollen spielen. Ein entsprechender Aktionsplan für Libyen könnte beispielsweise Bestandteil der im Sommer anstehenden deutschen EU-Ratspräsidentschaft werden.

Gefördert durch:



Bundesministerium  
der Finanzen

Hertie School gemeinnützige GmbH • Vorsitzender des Aufsichtsrats: Bernd Knobloch •  
Vorsitzender des Kuratoriums: Frank Mattern • Geschäftsführer: Prof. Dr. Henrik Enderlein,  
Dr. Axel Baisch • Sitz der Gesellschaft: Berlin • Registergericht: Amtsgericht Charlottenburg  
HRB 97018 B • Hertie School – gegründet und gefördert von der Gemeinnützigen Hertie-Stiftung